

Antrag Nr. 11-O-02-0041

Lebenswertes Westend

Betreff:

Beendigung der Beratungstätigkeit der Stadtverordneten Apel (SPD) bei Kubis e.V.

Antragstext:

Antrag der Fraktion Lebenswertes Westend:

Der Ortsbeirat verurteilt, dass die Stadtverordnete und gleichzeitiges Mitglied im Ortsbeirat Westend, Michaela Apel (SPD), als freiberufliche Rechtsanwältin bei Kubis e.V. eine Schuldnerberatung anbietet. Auf einem diesbezüglichen Infoblatt wird diese Beratung unter ihrer Namensnennung und der Angabe ihrer Webseite in einer für sie werblichen Form angekündigt.

Der Ortsbeirat fordert Kubis e.V. auf, diese Beratungstätigkeit von Frau Apel umgehend zu beenden und bittet den Magistrat diesbezüglich dafür Sorge zu tragen.

Begründung:

Seit Monaten bietet Frau Apel (SPD) als Rechtsanwältin bei Kubis e.V. - ein mit Steuergeldern finanzierter Verein - eine „professionelle Schuldnerberatung im Westend“ an. Diese Beratung ist laut Infoblatt für Personen mit „mehr als 5.000 Euro Schulden“, die eine Privatinsolvenz anstreben und findet einmal pro Monat bei Kubis statt. „Weitere Termine nach Vereinbarung.“

Am Ende des Infoblattes, das auch im Sozialamt ausliegt, steht: „Durchgeführt von der Anwältin Michaela Apel. Weitere einführende Informationen unter www.michaela-apel.de.“

Frau Apel ist als Anwältin auch im Privatinsolvenzrecht tätig. Auch wenn ihre Tätigkeit laut ihr und Kubis ehrenamtlich erfolgt und sicherlich rechtlich nicht zu beanstanden ist, halten wir ihre Beratungstätigkeit sowohl als Rechtsanwältin als auch als SPD-Mitglied im Ortsbeirat Westend, dortige SPD-Vorsitzende und Stadtverordnete für verwerflich. Verstärkend kommt hinzu, dass Frau Apel bei Kubis einzig und allein nur die Zielgruppe berät, für die sie gleichzeitig auch beruflich tätig ist.

Wir als Stadtteilgruppe „Lebenswertes Westend“ wünschten uns eine Schuldenberatung, die Verschuldeten hilft, es erst gar nicht zu einer Privatinsolvenz kommen zu lassen. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass das bei Kubis von der Stadt bezahlte festengestellte Fachpersonal diese Beratung nicht selber anbietet.

Sowohl Kubis als auch Frau Apel sind bisher nicht bereit, diese Zusammenarbeit zu beenden. Stattdessen erhielt das Ortsbeiratsmitglied der Stadtteilgruppe „Lebenswertes Westend“, Ansgar Robel, von Frau Apel die Androhung einer Unterlassungsklage mit einem Streitwert von 7.500 €. Dieser Betrag ist bewusst so gewählt, dass der Rechtsstreit vor dem Landgericht stattfindet. Dort herrscht Anwaltszwang. Ein verlorener Prozess wird dann teuer.

Wir haben den Eindruck, dass Frau Apel die moralische und politische Auseinandersetzung mit der Stadtteilgruppe scheut und anscheinend glaubt, diese so fertig machen zu können. Auch würde uns als Stadtteilgruppe interessieren, was sie bisher sozialpolitisch geleistet hat.

Wiesbaden, 15.08.2011